

## Mario Vargas Llosa: Der Coup der Spötter

Einen verfassungsgemäß gewählten Präsidenten zu nachtschlafener Zeit mit vorgehaltenem Bajonett zu wecken und ihn ins Exil abzuschieben, ohne ihm auch nur Zeit zu lassen, den Pyjama zu wechseln, wie es die honduranischen Militärs vor zwei Wochen mit Manuel Zelaya gemacht haben, ist ein Akt politischer Barbarei und rechtfertigt die energische Verurteilung, die dieser Übergriff seitens der Vereinten Nationen, der Organisation Amerikanischer Staaten und der Mehrheit der Länder in aller Welt gefunden hat.

Mit der prinzipiellen Vorbemerkung, dass die Unterbrechung der Demokratie durch eine militärische Aktion in keinem Fall zu rechtfertigen ist, ist es angebracht, die Ereignisse mit aller gebotenen Vorsicht näher zu untersuchen, denn bei diesem Staatsstreich ist, wie im berühmten „Mahl der Spötter“, nichts, wie es scheint, und die Grenze zwischen Wahrheit und Lüge ist schlüpfriger als ein Aal.

Mehr als den eigentlichen Überfall auf die Residenz des honduranischen Staatschefs müsste man wohl dem Militär und den Richtern, welche die Anweisung dazu gegeben haben, die Tatsache zum Vorwurf machen, dass sie mit dieser Gewalttätigkeit einen unverantwortlichen Demagogen wie „Mel“ Zelaya zum Opfer der Demokratie und nachgerade zum Freiheitshelden werden ließen. Dabei stand Zelaya im Begriff, in flagranter Verletzung der Verfassung, welche er zu befolgen geschworen hatte, ein Referendum durchzuführen, um sich wiederwählen zu lassen. Ein Vorhaben, das sowohl vom Höchsten Gericht als auch von der Staatsanwaltschaft verurteilt wurde und Anlass dafür war, dass das honduranische Parlament einen Prozess mit dem Ziel seiner Absetzung als Staatschef eingeleitet hatte. Dieses rechtmäßige Verfahren zum Schutze der Demokratie wurde von der militärischen Aktion unterbrochen und entartet, wobei irrenhausreife Verwirrung gestiftet wurde.

Dies ging so weit, dass niemand geringeres als die ‚*Comandantes*‘ Hugo Chávez und Daniel Ortega sowie Evo Morales und selbst Raúl Castro plötzlich die Führung des kontinentalen Protests zur Verteidigung von Recht und Demokratie übernahmen, Sanktionen gegen Honduras forderten und in Nicaragua eine Sitzung der *Alba* (Bolivarianische Alternative für die Amerikas) einberiefen, welcher der weltfremde José Miguel Insulza, Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, mit seiner Anwesenheit eine Aura von Rechtmäßigkeit verlieh.

Wenn der *Comandante* Hugo Chávez, als großer Destabilisator der lateinamerikanischen Demokratie, ehemaliger Putschist und größenwahnsinniger *Caudillo*, der Venezuela in sein kleines persönliches Lehen verwandelt hat und gleiches mit dem Rest von Lateinamerika anstrebt, sich nun die Rolle des Verteidigers des honduranischen Rechtsstaates anmaßt, dann stellen wir neben einer Trübung des gesunden Menschenverstandes und der Vernunft eine eindeutige Tatsache fest: Etwas musste schon vor diesem Staatsstreich in dem kleinen lateinamerikanischen Staat, der heute im Mittelpunkt der weltweiten Aufmerksamkeit steht, faul gewesen sein. In der Tat war Honduras, nach Bolivien, Nicaragua und Ecuador, darauf und daran in den Bann Hugo Chávez zu verfallen, als der militärische Eingriff stattfand. Manuel Zelaya war die neueste Eroberung des venezolanischen *Caudillos*.

Er hatte ihn, gleich wie seine anderen lateinamerikanischen Vasallen, bestochen, indem er ihm Erdöl zu Schnäppchenpreisen verkaufte und großzügige Kredite gewährte, und vor allem indem er seine Wiederwahlgelüste unterstützte. Zelaya, einst Paradedepfend der ländlichen Oligarchie von Honduras und in der Vergangenheit in Bauernmorde verwickelt, als Kandidat der Liberalen Partei mit Mitte-Rechts-Orientierung zum Präsidenten gewählt, hatte sein Amt mit einem Programm zur Förderung von ausländischen Investitionen und Privatinitiative sowie energischer Bekämpfung der Kriminalität angetreten und durchlebte plötzlich mitten in seiner Amtszeit eine populistische und revolutionäre (sprich ‚chavistische‘) Bekehrung, trat mit seinem Land der ALBA bei und begann, durch eine Verfassungsreform seine Verewigung an der Macht vorzubereiten, so wie es Chávez und seine Anhänger, der politische Abschaum Lateinamerikas, gemacht hatten.

Nur, anders als in Ländern wie Ecuador, Bolivien oder Nicaragua (oder am anderen Ende des politischen Spektrums, in Uribes Kolumbien, wo ein demokratisches Staatsoberhaupt leider auch dem unheilvollen Sport der Wiederwahl verfiel), wo die wiederwahlfreudigen Präsidenten mit einer volkstümlichen Basis rechnen konnten, die ihre Pläne unterstützte, war Zelayas Vorhaben in Honduras von Anfang an allgemein unpopulär und hat ihn in allen Segmenten des politischen Spektrums in Misskredit gebracht. Alle Institutionen wiesen seine Absichten zurück: Der Oberste Gerichtshof, das Wahlgericht, alle demokratischen politischen Parteien (allen voran seine eigene liberale Partei), die Generalstaatsanwaltschaft und die öffentliche Meinung auf breiter Front. Die Ablehnung richtete sich nicht nur gegen den plötzlichen ideologischen Umschwung des wetterwendischen Staatsoberhauptes. Es war auch eine ganz klare Stellungnahme des größten Teils der honduranischen Bevölkerung gegen die Aussicht, sich in ein von Hugo Chávez abhängiges Land zu verwandeln, das heißt, in eine kleine populistische Diktatur im Bannkreis des venezolanischen *Caudillo*.

Dies ist der Kontext, in dem man die Situation von Honduras beurteilen muss. Es geht nicht darum, eine überaus ungeschickte militärische Aktion zu rechtfertigen, die nur dazu angetan war, die Institutionen und ein Volk zu diskreditieren, das mutigen Widerstand gegen eindeutig undemokratische Bestrebungen eines prinzipienlosen Präsidenten geleistet hat, sondern darum, nicht in der irrigen Annahme, man verteidige die Demokratie, auf eine Operation zu verfallen, die darauf hinausläuft, die verfassungswidrigen Pläne zur Wiederwahl Zelayas und der Auslieferung von Honduras an Chávez zu unterstützen.

Was kann man tun, um die dezimierte honduranische Demokratie wieder herzustellen? Das Ideale wäre, Zelaya wieder in sein Amt einzusetzen, unter der Bedingung des Verzichts auf die Wiederwahlpläne und der Garantie, dass die Wahlen im November unter der Aufsicht der Vereinten Nationen tadellos durchgeführt werden. Dies aber scheint heute schwierig zu sein, in Anbetracht der vergifteten Atmosphäre, wie man am 5. Juli bei dem fehlgeschlagenen Versuch einer Rückkehr des abgesetzten Präsidenten nach Tegucigalpa feststellen konnte, der gewalttätige Ausschreitungen mit mehreren Verletzten zur Folge hatte. Honduras hat sich von der Organisation Amerikanischer Staaten zurückgezogen, was in Anbetracht der anhaltenden Nutzlosigkeit dieser Institution niemanden überraschen sollte. Diese hat zudem die fatale Eigenschaft, ihre Generalsekretäre ebenfalls untauglich zumachen, einschließlich jener, die wie José Miguel Insulza aufgeweckter zu sein schienen als andere, so dass es nur umso besser ist, wenn die OAS sich derzeit möglichst wenig einschaltet. Die Vermittlung des costarikanischen Staatspräsidenten und Friedensnobelpreisträgers Oscar Arias ist eine gute Idee; es handelt sich

um einen respektierten und respektablen Staatsmann, geschickten Unterhändler und authentischen Demokraten.

Auf der anderen Seite muss mit allen Mitteln vermieden werden, dass die herrschende Spannung in Blutvergießen ausartet. Chávez hat mit einer militärischen Intervention gedroht, bei der vermutlich das Nicaragua des *Comandante* Ortega, von dem die de facto Regierung behauptet, es mobilisiere bereits Truppen an der Grenze nach Honduras, als Handlanger dienen würde. Es stimmt, dass es keine Möglichkeit gibt, herauszufinden, ob die Nachrichten der Wahrheit entsprechen, dass diese Grenze bereits vor dem Staatsstreich von venezolanischen und kubanischen Truppenkommandos überschritten wurde, wie die honduranische Presse berichtet, oder ob es sich dabei um bloße Propagandameldungen zur Verteidigung der Regierung von Roberto Micheletti handelt, doch angesichts der Vorgeschichte und der politischen Gegebenheiten in Zentralamerika kann man diese Möglichkeit auch nicht ausschließen. Die un stabile und prekäre Lage von Honduras, das derzeit auf dem Pranger der internationalen öffentlichen Meinung steht, ist durchaus geeignet für eine von Caracas aus ferngesteuerte aufständische Aktion.

Möglicherweise kann man diese Risiken durch eine Vorverlegung der bereits für November anberaumten Präsidentschaftswahlen bannen. Dieser Wahlgang sollte so bald wie möglich, allenfalls in ein paar Monaten stattfinden, was durchaus machbar wäre, wenn die internationale Gemeinschaft Unterstützung mit der entsprechenden Infrastruktur gewährt, und unter der Verantwortung und Aufsicht der Vereinten Nationen, mit internationalen Beobachtern der Europäischen Union sowie von politischen und Menschenrechtsorganisationen wie der Carter-Stiftung, Amnesty International und Americas Watch durchgeführt werden. Ich sehe keine andere, schnelle Möglichkeit zur Wiederherstellung des Rechtsstaates und der Beendigung der anormalen Situation, die Honduras durchlebt und die sowohl auf das Schuldkonto der Militärs mit ihrer Nacht-und-Nebel-Aktion wie auch der listigen Manöver „Mel“ Zelayas und seines ideologischen Gurus Hugo Chávez geht.

Erschienen in „El periódico“, Guatemala, 12.07.2009

Übersetzung: Christian Lüth